



# BVBB

**Bürgerverein Brandenburg-Berlin e.V.**

Anerkannt als gemeinnütziger Verein  
Parteienunabhängig - für Bürgerrechte

BVBB-Zentrale: Wilhelm-Grunwald-Str. 48-50, 15827 Blankenfelde

Telefon: 0 33 79 / 20 14 34 · Telefax: 0 33 79 / 20 14 35

Sprechzeiten: Donnerstag 14.30 - 18.00 Uhr

[www.bvbb-ev.de](http://www.bvbb-ev.de) und [www.planfeststellungsverfahren.net](http://www.planfeststellungsverfahren.net)

Hier lesen Sie, was Sie so oder überhaupt nicht durch die Medien erfahren!

## INFO 55

Blankenfelde, im Dezember 2009

# Unseren Lesern ein glückliches neues Jahr - Uns allen Erfolg im Kampf gegen den geplanten Nachtflug

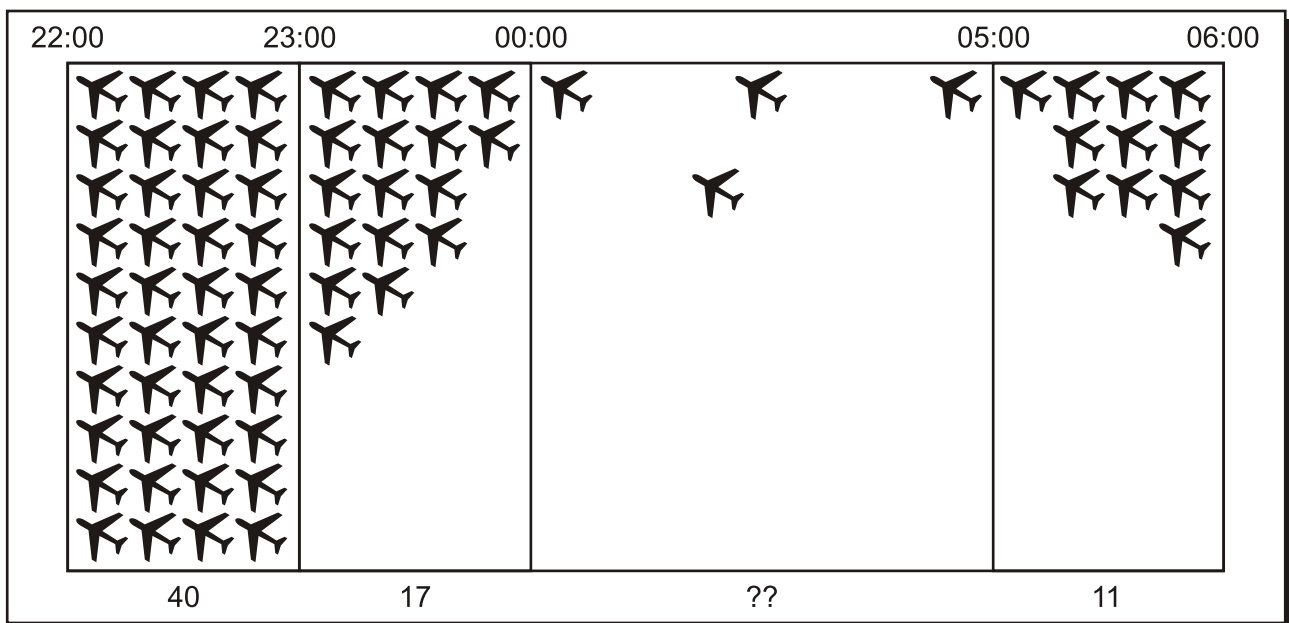
### Appell des BVBB: Spenden Sie, als Ihren Beitrag zur Selbsthilfe

Nur eine Klage gegen den ergänzenden Planfeststellungsbeschluss kann unsere Nachtruhe sichern. Am aussichtsreichsten sind Klagen, in denen persönliche Betroffenheiten wie Gesundheit und Eigentum geltend gemacht werden. Aber es kann nur eine Klage geben, wenn sie finanziert werden kann. Spenden ist darum das Gebot der Stunde.

Wir müssen den Parteien, an deren Spitze Platzeck und Wowereit, zeigen: Mit uns könnt ihr nicht machen, was ihr wollt! Wir lassen uns von euch weder Nachtruhe, Gesundheit, Lebensqualität noch Vermögen rauben. Darum unterstützen wir den BVBB, der mit einer Auswahl seiner Mitglieder als Kläger beim Bundesverwaltungsgericht gegen den Raub der Nachtruhe klagt will. Auch diese Klage kostet wieder Geld. Die Mitglieder des BVBB und seine Kläger haben für die 1. Klage schon 1,5 Mio. € aufgebracht. Dies für alle Betroffenen. Nun stehen wiederum ca. 300 000 € für die nächste Klage an. 120 000 Betroffene dürfen aber nicht mehr erwarten, dass die BVBB-Mitglieder diese Summe wiederum aus der eigenen Tasche bezahlen. Wer sich schützen will, muss darum zur Spende für die Aufbringung der Klage - und der Klagerisikokosten spenden. Ausdrücklich teilen wir mit: Wenn die Klagekosten nicht aufgebracht werden, dann wird es keine Klage geben und Wowereit und Platzeck sind am Ziel. Sie bekommen den Nachtflug, den sie wollen und Sie die Zerstörung ihrer Nachtruhe. Jetzt ist Solidarität in eigenem Interesse gefragt - Trittbrettfahrerei hilft nicht mehr.

Spenden Sie darum im Interesse Ihrer Nachtruhe. Selbst kleinste Beträge auf unser Spendenkonto helfen!

▶ **Konto Nr. 718 873 3012 des BVBB e.V. bei der  
Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00  
mit dem Vermerk: Spende für Klagekosten** ◀



(Genehmigte Durchschnittsnacht am BBI. In der Ferien- und Reisezeit können aber auch doppelt so viele Flüge abgefertigt werden - alles erlaubt!)

**SO MIT UNS  
NICHT**

## **Rosstäuscher und Wahlbetrüger - die nackte Wahrheit über die BBI - Nachflüge**

Aufgrund der Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss u. a. durch die Kläger des BVBB, hatte das Bundesverwaltungsgericht die Nachflugregelung dieses Beschlusses am 16. März 2006 für rechtswidrig erklärt. Es verbot 117 Überflüge zwischen 22:00 und 6:00 Uhr. Dieser von der Landesregierung Brandenburg vorgelegte rechtswidrige Beschluss erforderte eine Neufassung zur Nachflugregelung am künftigen BBI. Der Beschluss liegt nun vor. Jetzt erklärt die Planfeststellungsbehörde des Landes Brandenburg, dass zwischen 70 und über 100 Nachflüge rechtens seien und darum genehmigt wurden. Diese Regelung nähme voll Rücksicht auf den Gesundheitsschutz von über 120 000 vom Nachflug betroffenen Menschen.

Vor der Landtagswahl Brandenburg wurde diese Schamlosigkeit verheimlicht, um wenige Tage danach den Beschluss zu veröffentlichen. Jetzt ging es nur noch darum dem neuen Koalitionspartner, DIE LINKE, ein schönes Geschenk zu machen. DIE LINKE kann nun fleißig behaupten: wir haben mit der geplanten Zerstörung der Nachtruhe nichts zu tun. Das liegt in Verantwortung von SPD und CDU. Jeder, der politisch denken kann weiß, DIE LINKE wollte in die Regierung und nicht die Nachtruhe.

Das Ergebnis der Rücksichtslosigkeit auf einen Blick: wenigstens 40 Überflüge zwischen 22:00 und 23:00 Uhr; wenigstens 17 Überflüge zwischen 23:00 und 0:00 Uhr; wenigstens 5 Überflüge zwischen 0:00 und 5:00 Uhr und wenigstens 11 Überflüge zwischen 5:00 und 6:00 Uhr. Ab 6:00 Uhr bis 22:00 Uhr gibt es dann bis zu 1000 Überflüge in der Tagzeit. Platzeck, Wowereit und die Parteien halten diese Gesundheitsgefährdung, im Sinne ihrer kapitalistischen Auffassung des Vorrangs wirtschaftlicher BBI-Interessen, für eine menschliche Lösung. Schamloser kann man Menschenverachtung nicht demonstrieren!

**Der BVBB informiert - Informations- und Diskussionsveranstaltung:  
„Klage gegen die geplante Nachflugregelung - unsere letzte Chance im Kampf um die Nachtruhe!“**

**Am 15. Januar 2010 um 19:00 Uhr in der Markthalle „Schloss Diedersdorf“**

Dorfplatz 1, 15831 Diedersdorf.

Auf der Veranstaltung wird der BVBB-Vorstand und seine Anwaltskanzlei (Grawert, Schöning & Partner) erklären, ob der BVBB klagen wird, welche möglichen Erfolgsaussichten bei einer Klage bestehen und was notwendig ist, um eine Klagefähigkeit des BVBB und seiner Kläger abzusichern.

## **BBI - ein neuer Bankenskandal**

Seit Jahren belegt der BVBB in seinen Veröffentlichungen das kommende wirtschaftliche Desaster der BBI Finanzierung und des BBI - Flughafenbetriebs. Wie so vieles, was diese Fehlplanung betrifft, befindet sich das Finanzierungsdesaster in der medialen und politischen Schweigespirale.

Nun hat ein Experte, Dr. Frank Welskop, den BVBB nicht nur bestätigt, sondern den Skandal in allen Einzelheiten auf 237 Seiten in einem Sachbuch niedergeschrieben. Dieses Sachbuch ist gleichzeitig ein gut lesbarer Wirtschaftskrimi, der auch dem uninformatierten Laien darstellt, mit welchen Praktiken der Vertuschung, Tatsachen unter den Teppich gekehrt werden. Wer etwas über verkommene politische Kultur und öffentliche Täuschung wissen möchte, muss dieses Buch lesen. Darum unsere Empfehlung: kaufen Sie dieses Buch zum Selbstgebrauch, als Geschenk an Freunde und Verwandte, die gerne Krimis mit realem Hintergrund lesen, erfahren wollen mit welcher Verantwortungslosigkeit und Fehlplanung ihre Steuergelder von Wowereit und Co. verbraten werden. Viel Vergnügen und verständliches Entsetzen mit: Dr. Frank Welskop, „**BBI - ein neuer Berliner Bankenskandal?: Das BBI-Chaos in der Schuldenmetropole Berlin**“ für 19,90 € - Homilius Verlag.

## **Die Gemeinden wollen den Bürgern nicht helfen eine Klage zu finanzieren**

Unglaublich aber wahr! Alle Versuche des BVBB die Gemeinden Blankenfelde-Mahlow, Schulzendorf, Eichwalde, den Bezirk Treptow-Köpenick, Großbeeren oder Ludwigsfelde um eine Unterstützung für eine Klage des BVBB (gemeinnütziger, anerkannter Umweltverband) und von ausgewählten Klägern zu unterstützen, sind bisher gescheitert. Für die Ablehnung der Klageunterstützung werden an den Haaren herbeigezogene Begründungen ins Feld geführt. An der Spitze die Bürgermeister Baier (SPD), Blankenfelde-Mahlow, Burmeister (DIE LINKE), Schulzendorf, Schulz (DIE LINKE) Eichwalde, verschanzen sich hinter angebliche Verdikte von Kommunalaufsichten, die von Abgeordneten bzw. Landräten ihrer eigenen Parteien eingesetzt sind. Danach ist der BVBB wohl der einzige Verein, der für seine Arbeit, so auch für eine Klage beim Bundesverwaltungsgericht, nie finanziell unterstützt werden darf. Würdig für eine Unterstützung sind Tanzgruppen, Musikschulen, Sportvereine, diverse Kleinkunstaktivitäten, Aktionismus im Kampf „gegen Rechts“, mehr oder weniger sinnvolle Gutachten und Aktionen zum Schutz von Braunkohlerevieren, Busfahrten zu Protestveranstaltungen (die nichts bringen) u.s.w.

Stimmt nicht! propagieren die Verweigerer! Wir sind ja bereit, dem BVBB kostenlos Gutachten für eine Klage zur Verfügung zu stellen. Dabei handelt es sich aber um Gutachten, die die Gemeinden für ihre eigene Klage in Auftrag gegeben haben. Zudem wissen sie, dass eben diese Klage den Betroffenen nichts nützt. Großzügig ist dann zugesagt, dass man auch über Gutachterkosten für eine Klage des BVBB mit sich reden lassen wolle. Aber da kämen nur Gutachter in Frage, die die Gnade der Schutzgemeinschaft finden.

Was diese Bürgermeister verschweigen ist die Tatsache, dass die zur Verfügungstellung von Gutachten, die mit Steuermitteln bezahlt wurden, kein Gnadentat, keine Großzügigkeit sondern Rechtsverpflichtung ist. Nicht mehr hinnehmbar ist auch die Tatsache, nach der verschwiegen wird, dass der BVBB die von seinen Mitgliedern bezahlten Gutachten für die Klage beim Bundesverwaltungsgericht (März 2006) den Gemeinden kostenlos zur Verfügung gestellt hat. D. h.: Die Klagen der Gemeinden wurde durch Mitgliedsbeiträge und Mitgliederspendsen des BVBB zu Gunsten der Gemeinde-Haushalte erheblich unterstützt. Dafür gab es bis heute weder würdige Anerkennung noch ein Dankeschön.

**SO MIT UNS  
NICHT**

Die Verweigerungshaltung der Gemeinden ist ganz im Sinne von Platzeck und Wowereit. Sie fürchten nämlich eine Klage der Gemeinden nicht. Aber: Eine Klage des BVBB kann für den ergänzenden Planfeststellungsbeschluss „Nachtflug“ zur politischen Katastrophe werden. Wissen dies die Bürgermeister und ihre Kopfnicker in den Gemeindevertretungen etwa nicht? Wenn sie es wissen, was sicher angenommen werden kann, dann ist ihre Verweigerungshaltung zur Unterstützung einer Klage des BVBB im Lichte der Interessen ihrer Parteiobere zu werten. Es geht eben nicht um „Kommunalaufsicht“, sondern um den politischen Willen. Wollen uns die Bürgermeister etwa weismachen, dass die Kommunalaufsichten sie vor Gericht bringen? Für diesen Fall wären dann die Landräte die Klageverhinderer. Dann wäre doch das Alibi für Bürgermeister und Gemeindevertreter perfekt. Vorausgesetzt, die Kommunalaufsicht würde in einem Rechtsstreit obsiegen und die Landräte hätten den Mut einen Rechtsstreit anzuzetteln.

### **Immer wieder - Lärmschutzfensterverträge vom BBI sind nicht unterschriftswürdig**

Viele Betroffene müssen schon reingefallen sein. In Treu und Glauben auf Verträge der Flughafengesellschaft (FBS) haben sie Verträge unterschrieben, die nur unterschreibt, wer die Fallstricke nicht erkennt. Andere Betroffenen laufen dem BVBB „die Bude ein“, weil sie in Kenntnis der Verträge erkannt haben, dass alle Bau- und Gewährleistungsfolgen auf sie abgewälzt werden sollen. Sie durften feststellen, dass der Kostenersatz festgelegt (ohne Überprüfungsmöglichkeit), eine „Billigheimerlösung“ ist und ohne Gewähr auf tatsächlichen Schutz ausgeführt werden soll. Es kam, wie es bei den Praktiken der FBS absehbar war. Darum hat der BVBB ständig davor gewarnt, die von der FBS diktierten Verträge zu unterschreiben. Der BVBB hat seinen Mitgliedern empfohlen, ihren Anspruch auf Lärmschutz durch seine Rechtsanwälte (Grawert, Schöning & Partner) durchsetzen zu lassen. Bisher haben die Anwälte sich geweigert auch nur in einem Fall das Vertragsdiktat der FBS zu akzeptieren. Die FBS weiß darum, dass sie entweder den Vertragsforderungen unserer Anwälte nachkommen muss oder ein Gerichtsverfahren riskiert.

Wir haben aber Schwierigkeiten, der FBS für ihr Verhalten die alleinige Schuld zu zuschieben. Sie handelt im Sinne, Auftrag und mit Zustimmung ihrer Gesellschafter. Die heißen Berlin (Wowereit/SPD) Brandenburg (Platzeck/SPD) und Bundesregierung (Merkel/CDU). Selbige können sich dann hinter den auch in dieser Frage stummen Abgeordneten von SPD, CDU, DIE LINKE, Grüne und FDP verbergen. Ganz leicht könnten sie dem Spuk durch parlamentarische Initiative ein Ende bereiten. Bisher Fehlannonce. Schlussfolgerung: Sie wollen sittenwidrige Verträge zum Nachteil der Betroffenen des von Ihnen zu verantwortenden Fluglärmterrors.

### **Wieder eine Wahrheit zur BBI-Arbeitsplatzlüge**

Ohne Scham wird von den BBI-Protagonisten fortgesetzt die Todschatzbehauptung der 40 000 neuen Arbeitsplätze am BBI verbreitet. Wie oft wurde schon die Jobmaschine BBI als Lebensretter für die Arbeitslosigkeit in der Region der Öffentlichkeit eingeschwätzt. Ganz mit Dummheit rechnend wird da verkündet: Täglich zwei neue Arbeitsplätze am BBI. Nur, wo und welcher Qualität diese Arbeitsplätze sind, das wird verschwiegen. Täglich zwei neue, das wären dann 720 neue Arbeitsplätze im Jahr. Von wegen 40 000 neue Arbeitsplätze, so in 50 Jahren.

Die Wahrheit sieht so aus: Aus einem Bericht der MAZ - Dahme-Spreewald (30.10.2009)

„Auch von der „Jobmaschine Flughafen“ kann in der Region keine Rede sein. So sind im Oktober rund um den BBI Schönefeld bei der Arbeitsagentur nur 17 neue Jobangebote eingegangen. Und diese beziehen sich nicht auf Luftfahrt, sondern fast ausnahmslos auf den meist nicht sehr üppig bezahlten Servicebereich sowie Reinigung.“ Dies ist die Analyse der Geschäftsstellenleiterin der Arbeitsagentur Königs Wusterhausen.“

### **Nicht die Menschen wollen nachts fliegen - aber die Flugzeuge sollen / Schluss mit der „Bedarflüge“**

Seit Jahrzehnten begründen und behaupten die Flughafenbetreiber und die Fluggesellschaften: wir brauchen die Nacht zum Fliegen, dafür gibt es einen Bedarf, der Markt will es. Diese Gebetsmühle beeindruckte Politik, Gerichte und auch die Medien, die diesen Unsinn fleißig publizierten. Dabei störte es die selbsternannten Hüter der sozialen Marktwirtschaft nicht im Geringsten, dass es diesen herbeigeredeten Bedarf im Flugbetriebsmarkt nie gegeben hat. Alle Erkenntnisse über eine mögliche Nachfrage von potentiellen Fluggästen für Nachtflüge beweisen, dass die Menschen nachts schlafen und nicht fliegen wollen. Fliegen wollen die Produktionsmittel der Fluggesellschaften, die Flugzeuge, und ihre logistische Basis, die Flughäfen. Dies im Interesse einer möglichst optimalen Profitmaximierung. Darum müssen Menschen durch Festlegung von nächtlichen Flugzeugumläufen gezwungen werden, so genannte Nachtflugangebote zu nutzen, weil sie sonst in der Tagzeit nicht fliegen dürfen. Ihnen wird eingeredet, dass sie nur mit Nachtflügen billig fliegen können. Dabei wird vertuscht, dass gerade die Billigflieger auch für die Tagzeit mit Billigstangeboten massiv werben.

Fazit: Nachtflüge sind eine Zwangsrekrutierung von Kunden, die auch noch einen Beitrag dazu leisten müssen, dass Hunderttausende vom Fluglärm betroffene Menschen ihrer Nachtruhe und Gesundheit beraubt werden. Es stört die parteipolitischen Sonntagsredner überhaupt nicht, dass das Prinzip der Marktwirtschaft zum Prinzip der Planwirtschaft umfunktioniert wird. Denn, in der Planwirtschaft wurden die Menschen gezwungen, sich am Angebot der Produktionsmittel und der geplanten Dienstleistungen zu orientieren. In der Marktwirtschaft müssen sich Dienstleistungen und Produktionsmittel am Markt, der Nachfrage von Kunden und Konsumenten orientieren. Schon an diesem Beispiel ist belegt, dass die Feinde der Marktwirtschaft vor allem in den Führungsspitzen von CDU/CSU, FDP und SPD sitzen. Sie praktizieren den ordnungspolitischen Frevel aus niedrigen Beweggründen der Profitmaximierung der Klientel „Fluggesellschaften und Flughafenbetreiber“ (die sie als Gesellschafter von Flughäfen auch noch selber sind). Eigentlich hätte man diese Perverterung des Marktwirtschaftsprinzips nach Ludwig Erhard nur den LINKEN zugetraut. So kann man nur rufen: macht weiter so, ihr macht die Marktwirtschaft mit System und Nachdruck weiter ungläubwürdig!

**SO MIT UNS  
NICHT**

## **Wie die Flughaf lobbyisten sich ihre eigenen Gesetze basteln wollen**

Den Gesellschaftern der Flughäfen, Bundesregierung, Landesregierungen und Kommunen dämmert es! Sie können bei Gerichten, so im Falle BBI Schönefeld vor dem Bundesverwaltungsgericht, oder im Falle FRAPORT (Frankfurt/Main) vor dem Verwaltungsgerichtshof Kassel (VGH) ihre unverschämte Rücksichtslosigkeit eines Prinzips der grenzenlosen Flugfreiheit nicht mehr durchsetzen. Nach dem Bundesverwaltungsgericht (vom BVBB erklagte Rechtswidrigkeit der Nachtflugregelung für BBI Schönefeld, 16.03.2006), und der nun festgestellten Rechtswidrigkeit des Nachtflugteils des Planfeststellungsbeschlusses für den Ausbau FRAPORT, ihre Blütenträume nach Freiheit der Lüfte nicht mehr durchsetzen.

Dies wissend bearbeitet nun die Lobbyorganisation deutscher Verkehrsflughäfen (AGV) den Gesetzgeber. Der soll schleunigst einen Paragraphen (§ 29b) im Luftverkehrsgesetz ändern. Auf diesen Paragraphen berufen sich nämlich die Gerichte in ihren Entscheidungen zur Eingrenzung des Nachtflugbetriebes. Im Paragraphen heißt es. ... „Auf die Nachtruhe der Bevölkerung ist in besonderem Maße Rücksicht zu nehmen“... Dieser Paragraph muss weg, so die Betreiber der Verkehrsflughäfen. Darum setzen sie nun die Bundesregierung und ihre Schwarz/Gelben Bundestagsabgeordneten unter Druck. Diese Koalition soll/ will nun das Gesundheit schützende Verdikt „Nachtruhe“ aufgeben, weil die Gerichte dazu nicht bereit sind. Im Sinne dieses Zieles machen sich die Schwarz/Gelben dann zu Sündenböcken für eine Regelung, die gegen Menschenrecht, den Schutz nach Art. 2 Grundgesetz, Europarecht und alle medizinischen Erkenntnisse zur Notwendigkeit der Nachtruhe verstößt. Da reiben sich die Gesellschafter der Flughäfen, Wowereit, Platzeck, als Gesellschafter des BBI, schon jetzt die Hände. Ihr politisches Fußvolk in SPD und der LINKEN macht dann den Pilatus und wäscht sich die Hände in Unschuld. Fleißig werden sie die ungeliebte Bundesregierung und ihre Abgeordneten von CDU/CSU/FDP verantwortlich machen. Sie werden verbal gegen das Ansinnen der Gesetzesänderung „kämpfen“ und dabei Ursache (die politische Schweinerei ihrer Vorarbeiter) und Wirkung (die nicht weniger politische Schweinerei von Schwarz/Gelb) öffentlich geißeln. Das dürfen sie dann auch. Hauptsache es kann vertuscht werden, dass Wowereit und Platzeck, bzw. die Abgeordneten in Landtag und Abgeordnetenhaus nicht als die wahren Schuldigen identifiziert werden. Das Volk muss eben dumm bleiben und nach Möglichkeit auch noch mit protestieren. Auf die Idee, dass die Abgeordneten mit einer Entscheidung Wowereit und Platzeck diese schmutzige Lobbyarbeit untersagen könnten, wollen sie nicht kommen. Damit beweisen sie, dass sie in Wahrheit auch für Nachtflüge, die Freiheit der Lüfte und den Gesundheitsschaden der Bevölkerung sind.

### **Wir stellen klar:**

#### **Die alleinige Verantwortung für den gewollten Fluglärmterror tragen die Parteien**

Die alleinige Verantwortung für Fluglärmterror, Milliardenkosten an Steuergeldern für die wirtschaftlich Missgeburt BBI, zerstörte Nachtruhe und alle Folgen des BBI - Flugbetriebs tragen die politischen Parteien, ihre Abgeordneten in Bezirksparlamenten, Gemeindevertretungen, dem Berliner Abgeordnetenhaus und dem Brandenburger Landesparlament. Sie sind die Kontrollgremien der Landesregierungen, der Bürgermeister und der öffentlichen Verwaltungen. Sie haben jämmerlich versagt, weil sie dem BBI-Standort und nun auch noch einer unmenschlichen Nachtflugregelung zugestimmt haben. Dabei haben sie sich dem Diktat von Platzeck und Wowereit unterworfen und nichts Konkretes unternommen, um die betroffenen Menschen vor den Folgen des Fluglärmterrors zu schützen. Mit allen Mitteln wurde versucht, dem BVBB als Bürgerinitiative - die alleinige Interessenvertretung der Betroffenen - zu diskreditieren, zu schwächen, zu ignorieren und in die Rolle von Staatsfeinden abzudrängen. Den Betroffenen wurde dafür weis gemacht, wie besorgt man um ihre Zukunft ist. Nahezu lachhaft sind die Versuche von der Alleinschuld abzulenken. Da wird so getan, als ob eine Planfeststellungsbehörde verantwortlich ist. Gipfel dieser Vertuschungskampagnen sind dabei die Aktivitäten des SPD-Unterbezirksvorsitzenden Teltow-Fläming und abgehalfterten SPD-Fraktionsgeschäftsführers Schulze (MdL) und des SPD-Bürgermeisters der größten betroffenen Gemeinde Mahlow-Blankenfelde Baier. Mit größtem denkbaren und teuren Propagandaaufwand gründeten sie Vereine (VuV, Bürgerhilfsverein, Naturschutz Glasowbach) und gaukelten so den Betroffenen vor, dass sie ihnen helfen können. Höhepunkt dieser Tatsachentvertuschungen sind Plakataktionen gegen „Dellmann“, Protestreisen nach Potsdam gegen „Dellmann“ zum Landtag, Petitionsrummel zur Durchsetzung von Forderungen an einen Kreistag bzw. einen Landrat Giesecke (SPD) oder 30 Punkteprogramme, in denen den Betroffenen das Blaue vom Himmel versprochen wurde. Alles Luftnummern, Volksverdummung, um von sich, ihrer Verantwortung und den wahren Schuldigen abzulenken. Darum ins Stammbuch: Nicht „Dellmann“, den es als Minister nicht mehr gibt, nicht die Planfeststellungsbehörde oder die Flughafengesellschaft FBS sind schuldig oder verantwortlich! Schuldig und verantwortlich sind die Platzecks, Wowereits, Schulzes und Baiers dieser Region.

#### **Wir haben mal eine Frage an Baiers VuV, Schulzes „Bürgerhilfsverein“ und an das Bezirksamt Treptow-Köpenick**

Wenn wir es richtig sehen haben Baier (SPD) und sein VuV, dessen Vorsitzender er ist und MdL Schulzes (SPD) gegründeter „Bürgerhilfsverein“, dessen Vorsitzender er ist, doch als Ziel ihrer Vereinstätigkeit Hilfe für die Bürger im Kampf gegen die Folgen des BBI propagiert. Jetzt haben sie die Gelegenheit ihren Sprüchen Taten folgen zu lassen. Darum unsere Fragen: Wann können die Betroffenen damit rechnen, dass Baiers und Schulzes Vereine Klagen gegen den anstehenden „ergänzenden Planfeststellungsbeschluss“ zum Nachtflugterror einreichen? Wann können die Betroffenen damit rechnen, dass die Baier - Schulze - Vereine Musterklagen gegen die unverschämten Schallschutzverträge führen? Es hat sich doch auch in diesen Vereinen herumgesprochen, dass der von ihrer Partei zu verantwortende „Ergänzende Planfeststellungsbeschluss“ 120 000 Menschen endgültig das Menschenrecht auf Nachtruhe rauben will. Sicher haben diese Vereinsvorsitzenden auch erkannt, dass den Betroffenen Lärmschutzverträge vorgelegt werden, die sie wegen Sittenwidrigkeit niemals unterschreiben dürfen, wenn sie nicht ins Unglück bei Kosten und Ausführung laufen sollen. Wir fragen auch das Bezirksamt Treptow-Köpenick was es tun will, um die 50 000 Betroffenen des Bezirkes in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen? Sollen die Bürger des Bezirkes weiter rechtlos bleiben, weil Wowereit und seine SPD es so wollen?

**Jetzt ist die Stunde der Wahrheit gekommen! Dumme Schwätzerei und großmäulige Versprechen, Ablenkungsmanöver sind nicht mehr haltbar. Die Betroffenen erwarten Antworten!**